

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

66. Sitzung

am Donnerstag, dem 31. Mai 2007, 10:00 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

in Vertretung von Holger Astrup

Dr. Heiner Garg (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b>  | <b>Seite</b> |
|---|--------------|
| <b>1. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2007</b> | <b>4</b>     |
| Drucksache 16/1250  |              |
| <b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)</b>   | <b>6</b>     |
| Gesetzentwurf der Fraktion der FDP<br>Drucksache 16/1338  |              |
| <b>3. Electronic Government in Schleswig-Holstein</b>   | <b>7</b>     |
| Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 16/1353   |              |
| <b>4. Veräußerung der Liegenschaft „Am Bahnhof 12-14“ in Lübeck</b>   | <b>8</b>     |
| Vorlage des Finanzministeriums<br>Umdruck 16/2010   |              |
| <b>5. Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften</b>                            | <b>9</b>     |
| Gesetzentwurf der Landesregierung<br>Drucksache 16/935  |              |
| <b>6. Information/Kenntnisnahme</b>   | <b>10</b>    |
| <b>7. Verschiedenes</b>   | <b>11</b>    |

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2007**

Drucksache 16/1250

(überwiesen am 9. Mai 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Dr. Weichert, Leiter des ULD, führt kurz in den Abschnitt „Datenschutz in der Steuerverwaltung“ (Ziffer 4.8) ein. Er problematisiert insbesondere die bevorstehende Einführung einer einheitlichen Steuernummer für jede Bürgerin und jeden Bürger.

St Dr. Wulff hingegen sieht in der Einführung einer einheitlichen Steuernummer einen großen Fortschritt. Er bietet an, zu den Ausführungen des Datenschutzbeauftragten schriftlich Stellung zu nehmen.

Abg. Sauter bemerkt zu Ziffer 4.8.1, dass es bei der Einsicht in die Unterlagen der Steuerfahndung nach seinen Erfahrungen keine Probleme gebe. Er kritisiert, dass das ULD das Parlament mit offensichtlichen Einzelfällen behellige.

Dr. Weichert räumt ein, dass auch ihm derzeit kein entsprechendes anhängiges Gerichtsverfahren bekannt sei. Es handele sich allerdings um eine Problematik, bei der es seit Jahren einen Dissens zwischen ULD und Finanzverwaltung gebe, der höchstrichterlich noch nicht geklärt sei.

Abg. Dr. Garg erklärt, die FDP-Fraktion teile die Schlussfolgerungen des Datenschutzbeauftragten zu Ziffer 4.8 in Gänze.

P Dr. Altmann bekräftigt unter Hinweis auf das Votum des Finanzausschusses zu den Bemerkungen 2006 (Drucksache 16/994) die Forderung des Landesrechnungshofs, dass vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage des Landes auch das ULD seinen Beitrag zur Kon-

solidierung des Haushalts beitrage und insbesondere seine Personalausstattung deutlich zurückfahre.

Abg. Herdejürgen erwidert, die SPD-Fraktion sehe nach intensiver Diskussion keine Notwendigkeit, in Sachen Datenschutz von dem bundesweit vorbildlichen Standard abzuweichen.

Der Finanzausschuss kommt überein, sich mit dem Tätigkeitsbericht des ULD in einer der nächsten Sitzungen auf der Grundlage einer bis dahin schriftlich vorliegenden Stellungnahme des Finanzministeriums weiter zu befassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1338

(überwiesen am 10. Mai 2007 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

- Verfahrensfragen -

Die Mitglieder der Opposition legen Wert darauf, dass zum Gesetzentwurf der FDP-Fraktion eine Anhörung durchgeführt wird.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Finanzausschuss darauf, zunächst die Beratungen des federführenden Bildungsausschusses abzuwarten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Electronic Government in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/1353

(überwiesen am 10. Mai 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

- Verfahrensfragen -

Zum Bericht der Landesregierung Electronic Government in Schleswig-Holstein, Drucksache 16/1353, schließt sich der Ausschuss dem Vorgehen des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, die Beratung bis zur Vorlage des Berichts der Landesregierung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie (Drucksache 16/1371) zurückzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Veräußerung der Liegenschaft „Am Bahnhof 12-14“ in Lübeck**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/2010

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss der Veräußerung der Liegenschaft „Am Bahnhof 12-14“ in Lübeck, Umdruck 16/2010, zu.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/935

(überwiesen am 15. September 2006 an den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/1203, 16/1386, 16/1537, 16/1613, 16/1623, 16/1630,  
16/1631, 16/1688, 16/1700, 16/1704, 16/1957, 16/1995,  
16/2026, 16/2056, 16/2067

Dr. Caspar nimmt zur rechtswissenschaftlichen Expertise des Rechtsanwalts Dr. Ewer (Umdruck 16/2056) zur Frage der Gesetzgebungskompetenz des Landes für die Aufnahme des von der Architekten- und Ingenieurkammer vorgeschlagenen Absatzes 3 in § 7 des ÖPP-Gesetzes Stellung (Umdruck 16/2067).

Abg. Herdejürgen sieht auch nach dem Gutachten von Dr. Ewer keinen Anlass, dem Vorschlag der Architekten- und Ingenieurkammer zu folgen.

Abg. Heinold verzichtet auf eine Abstimmung über ihre Änderungsanträge Umdrucke 16/1704 und 16/1995 und kündigt einen Änderungsantrag ihrer Fraktion im Rahmen der Zweiten Lesung im Landtag an.

Einstimmig wird der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD zu Artikel 1 des ÖPP-Gesetzes - Gesetz über die Zusammenarbeit zwischen Trägern der öffentlichen Verwaltung und Privaten - angenommen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/935 mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/1966 - Kommunalisierung der ÖPNV-Finanzierung

Umdruck 16/1967 - Biomassennutzung

Umdruck 16/1968 - Baltic Sea International Campus

Umdruck 16/1984 - Berichtspflichten des Finanzministeriums

Umdruck 16/2009 - Haushaltsreste

Umdruck 16/2011 - Steuerschätzung

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende spricht die Übergabe der diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs an. Die Abgeordneten hätten die Bemerkungen eine Woche nach der Übergabe an den Ministerpräsidenten erhalten. Er weist auf § 2 des Landesrechnungshofgesetzes hin, wonach der Rechnungshof seine Bemerkungen der Landesregierung und dem Parlament gleichzeitig übermittele und die Abgeordneten über die Bemerkungen nicht später als die Regierung unterrichtet sein dürften.

P Dr. Altmann macht darauf aufmerksam, dass der Landesrechnungshof seine Bemerkungen generell einen Tag vor der Pressekonferenz dem Landtag und der Landesregierung zuleite. Es sei guter Brauch, dass der Rechnungshof seine Bemerkungen im Vorfeld der offiziellen Übergabe dem Landtagspräsidenten und dem Ministerpräsidenten mit der Bitte um vertrauliche Behandlung überreiche.

Abg. Heinold legt Wert darauf, dass die Parlamentarier die Bemerkungen vor deren öffentlicher Präsentation durch den Rechnungshof in Händen hätten. Sie regt an, neben dem Landtagspräsidenten und dem Ministerpräsidenten in Zukunft auch den finanzpolitischen Sprechern die Bemerkungen vorab zukommen zu lassen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:00 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer